

## A18 Wir sichern die Freiheit und bewahren die Vielfalt (Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für alle: Frauen- und Queer-Politik)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

#### 1 Frauen und Gleichstellungspolitik

2 Es ist eigentlich ganz einfach: Die Hälfte der Macht den Frauen. Das ist seit  
3 jeher unser Anspruch. Wir wollen den uneingeschränkten Anspruch von Frauen mit  
4 und ohne Einwanderungsgeschichte

5 auf gleiche Rechte und umfassende Teilhabe endlich einlösen. Sprache schafft  
6 nicht nur Bewusstsein, sondern ist auch Ausdruck von Machtverhältnissen. Wir  
7 stehen daher auch bei Geschäftsordnungen und Gesetzestexten für die Verwendung  
8 einer geschlechtergerechten Sprache, die tatsächlich alle anspricht und nicht  
9 nur mitmeint. Als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu mehr Macht und Teilhabe  
10 haben wir ein Paritätsgesetz zur gleichen Repräsentation von Frauen im Landtag  
11 beschlossen, welches inzwischen leider vom Verfassungsgericht für nichtig  
12 erklärt wurde. Chancen, Macht, Geld und Zeit sollen endlich gerecht zwischen  
13 allen Geschlechtern geteilt werden. Frauen haben sich rechtliche Gleichheit über  
14 Jahrhunderte erkämpft, sind inzwischen schon viel selbstverständlicher auf  
15 vielen Ebenen vertreten und haben sich zahlreicher alter Rollenklischees  
16 entledigt. Doch das Ziel echter Gleichstellung ist leider noch lange nicht  
17 erreicht. Veränderungen dauern zu lange. So sind Frauen heute immer noch  
18 wirtschaftlich und politisch benachteiligt, schlechter sozial abgesichert, mit  
19 weniger Chancen, größeren Widerständen und falschen Stereotypen konfrontiert.  
20 Wir arbeiten daran, diese vielfältigen Benachteiligungen und strukturellen  
21 Diskriminierungen von Frauen zu beseitigen und umfassende Chancengleichheit zu  
22 verwirklichen.

23 Viele Frauen in Thüringen sind voll berufstätig. Viele arbeiten in Minijobs,  
24 Teilzeit oder in prekärer Beschäftigung und werden schlechter entlohnt als  
25 Männer. Wir BÜNDNISGRÜNE nehmen das nicht hin und streiten auf allen Ebenen für  
26 die gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Arbeit für alle Geschlechter. Die im  
27 Durchschnitt geringeren Einkommen von Frauen liegen auch in ihren geringeren  
28 Aufstiegschancen und der geringeren Anerkennung und Wertschätzung vieler Berufe  
29 begründet, die maßgeblich von Frauen ausgeübt werden. Zudem sind Frauen noch  
30 immer viel seltener in höheren beruflichen Positionen vertreten. Der öffentliche  
31 Dienst geht an manchen Stellen mit gutem Beispiel voran und fördert die  
32 Chancengerechtigkeit aktiv, durch geschlechtergerechte Besetzung der Stellen in  
33 der öffentlichen Verwaltung und in den öffentlich-rechtlichen Landesgremien und  
34 Aufsichtsräten. Doch auch dort wird deutlich, dass in Führungspositionen kaum  
35 Frauen vertreten sind - das wollen wir ändern. Unser Ziel bleibt es, im  
36 öffentlichen Dienst einschließlich aller landesfinanzierten Einrichtungen, wie  
37 auch der Hochschulen, die Chancengleichheit auf allen Ebenen konsequent zu  
38 fördern. Wir werden einen Thüringen-spezifischen Lohnatlas erarbeiten, um  
39 Unterschiede in der Bezahlung der Geschlechter leichter aufdecken zu können.  
40 Zudem wollen wir die Entgeltgleichheit als ein Vergabekriterium in das Thüringer  
41 Vergabegesetz mit aufnehmen. Bei der Nachwuchsförderung und der Weiterbildung  
42 sollen überproportional Frauen auf die Übernahme von Führungspositionen  
43 vorbereitet werden. Im öffentlichen Dienst werden wir uns dafür einsetzen, dass

44 Ausschreibungen so gestaltet werden, dass sich alle Geschlechter angesprochen  
45 fühlen. Um die aktuelle Situation zu evaluieren, soll untersucht werden, wer  
46 sich auf welche Ausschreibungen bewirbt Wir wollen Gründerinneninitiativen  
47 stärken und die Gründungsberatung speziell für Frauen ausbauen und bekannter  
48 machen.

49 Der Jobverlust im Kontext von Corona betrifft zu erheblichen Teilen den  
50 Dienstleistungsbereich, in dem viele Frauen arbeiten. Deshalb wollen wir durch  
51 ein Landesförderprogramm Perspektiven und Möglichkeiten für betroffene Frauen  
52 bieten. Es sollen Angebote zum Wiedereinstieg und zur Umschulung geschaffen  
53 werden, die sich besonders an Frauen orientieren und richten.

54 Frauen übernehmen nach wie vor den größeren Teil der familiären Fürsorgearbeit.  
55 Während der Pandemie ist die Ungleichverteilung der Arbeit wieder besonders  
56 deutlich geworden. Flexiblere Arbeitszeiten und Homeoffice sowie ein Recht auf  
57 Homeoffice sind wichtige Schritte, um eine gute Vereinbarkeit von Beruf und  
58 Familie zu gewährleisten. Wird das Kind krank oder werden die Eltern  
59 pflegebedürftig, muss oftmals kurzfristig das Leben von Eltern neu justiert  
60 werden. Das darf nicht zur strukturellen Überforderung der Familien führen. Auch  
61 deshalb soll der Wechsel zwischen Teilzeit und Vollzeit leichter möglich sein.  
62 Wir wollen dafür gemeinsam mit der Wirtschaft eine Initiative auf Landesebene  
63 begründen.

64 Existenzängste dürfen mit einer Schwangerschaft nicht verbunden sein. Daher  
65 fordern wir, selbständige genauso wie angestellte Mütter, vor und nach der  
66 Geburt unter einen besonderen Schutz zu stellen und diesen im Mutterschutzgesetz  
67 zu verankern. Jeder werdenden Mutter muss ein Schutz von 6 Wochen vor und 8  
68 Wochen nach der Entbindung zustehen sowie das damit einhergehende  
69 Mutterschaftsgeld in Anlehnung an das bereits Bestehende. Nur so ist zu  
70 verhindern, dass selbständige Schwangere in den Ruin getrieben werden. Dafür  
71 werden wir uns als BÜNDNISGRÜNE Thüringen durch eine Bundesratsinitiative  
72 einsetzen.

73 Wir sind mit dem Paritätsgesetz für Thüringen einen längst fälligen Schritt zur  
74 Gleichstellung von Frauen in der Politik gegangen und haben damit Neuland  
75 betreten. Die Sondervoten des Verfassungsgericht bestärken unsere Auffassung,  
76 dass ein Paritätsgesetz notwendig und auch rechtssicher umsetzbar ist. Deshalb  
77 werden wir weiter an einer verfassungsgemäßen, vollumfänglichen paritätischen  
78 Ausgestaltung des Wahlrechts arbeiten, welches auch die Direktwahlkreise nicht  
79 außer Acht lässt. Auch beim Gender-Budgeting bleiben wir dran: Bei allen  
80 politischen Maßnahmen der Landesregierung und beim Landeshaushalt wollen wir bei  
81 künftigen Haushalten eine Folgenabschätzung hinsichtlich der Gleichstellung der  
82 Geschlechter vornehmen. Für eine funktionierende Gleichstellungspolitik braucht  
83 es flächendeckend in den Kommunen Ansprechpartner\*innen, die sich vor Ort  
84 proaktiv mit der Thematik auseinandersetzen und Projekte voranbringen. Wir  
85 unterstützen die Kommunen daher finanziell und organisatorisch bei der  
86 Einrichtung, dem Erhalt und der Stärkung der Stellen von  
87 Gleichstellungsbeauftragten.

88 Im Jahr 2018 registrierte die Thüringer Polizei 2.940 Fälle häuslicher Gewalt.  
89 Den größten Anteil der Betroffenen bilden mit 2.323 Fällen dabei Frauen. Gewalt  
90 gegen Frauen und Mädchen, Bedrohung, sexuelle Übergriffe und Nötigung sind immer  
91 noch ein großes Problem, sie müssen konsequent verfolgt und bestraft werden. Wir

92 wollen Schutz und Hilfe stärken und für ausreichend Plätze in Frauenhäusern und  
93 genügend Personal in den Schutzwohnungen sorgen. Frauenhäuser müssen dabei  
94 flächendeckend schnell erreichbar sein. Das Personal in den Interventionsstellen  
95 sollte mindestens verdoppelt werden. Wir BÜNDNISGRÜNE unterstützen die Forderung  
96 nach einer bundesweit einheitlichen, bedarfsdeckenden und unbürokratischen  
97 Frauenhausfinanzierung und werden die finanzielle Unterstützung durch das Land  
98 verstetigen. Dabei ist klar, dass Schutzwohnungen für Menschen aller  
99 Geschlechter, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, offenstehen müssen und  
100 insbesondere auch die Bedarfe von Kindern in den Blick genommen werden müssen.  
101 Die Istanbul-Konvention des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt  
102 gegen Frauen und von häuslicher Gewalt muss – zentral koordiniert durch den/die  
103 Beauftragte/n im Sozialministerium diese Stelle muss auch gestärkt werden-- auch  
104 in Thüringen umgesetzt werden. In den ersten 100 Tagen nach Regierungsbildung  
105 werden wir hier einen Umsetzungsplan vorlegen. Auch in Thüringen muss es –  
106 entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention – ein Frauenhaus mit  
107 behindertengerechtem Zugang geben. Zugleich wollen wir auch Projekte fördern,  
108 die von häuslicher Gewalt betroffene Männer und Jungen in Thüringen  
109 unterstützen. Doch wir stehen nicht nur für einen konsequenteren Schutz von  
110 Personen aller Geschlechter vor häuslicher Gewalt und eine bessere Betreuung der  
111 Betroffenen. Wir wollen präventive Ansätze gezielt fördern und Täter\*innenarbeit  
112 stärken. Daher unterstützen wir Initiativen und Organisationen, die Programme  
113 zur Gewaltprävention anbieten. Betroffene von häuslicher Gewalt sollen nicht  
114 auch noch zusätzliche finanzielle Lasten tragen müssen. Deshalb wollen wir einen  
115 staatlichen Interventionsfonds einrichten, über den die Kosten für Gewaltschutz,  
116 Prozesskosten und dergleichen unbürokratisch vorfinanziert werden und später von  
117 den Täter\*innen zurückgefordert werden.

118 Zudem braucht Thüringen anerkannte Fachberatungsstellen für Frauen und Mädchen,  
119 die sexuelle Gewalt erlebt haben. Das Personal, das mit der Problematik der auch  
120 hierzu zählenden Genitalverstümmelung umgeht, braucht spezifische  
121 Sensibilisierung und Schulung. Weibliches Personal mit eigener  
122 Einwanderungsgeschichte sollte hier bevorzugt eingesetzt werden.

123 Geflüchtete Frauen und Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund benötigen  
124 gezielte mehrsprachige Beratungs- und Unterstützungsangebote, auch und gerade,  
125 wenn sie von sexualisierter Gewalt betroffen sind. In den  
126 Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete muss es besondere Schutzorte für diese  
127 Menschen geben.

128 Wir machen uns stark für die Förderung und Weiterentwicklung von Frauenzentren,  
129 die auch im ländlichen Raum gut erreichbar sein müssen. Betroffene von sexueller  
130 Gewalt, Nötigung und Ausbeutung brauchen jede Form von Unterstützung, es bedarf  
131 regelmäßiger Sensibilisierung und Fortbildung für die Polizei, in der Justiz und  
132 bei medizinischem Personal. Die anonyme und vertrauliche Spurensicherung nach  
133 sexuellen Übergriffen muss – gegebenenfalls mit einem über die Rechtsmedizin  
134 abgesicherten Notruftelefon – in ganz Thüringen gewährleistet sein. Insbesondere  
135 Mädchen und Frauen sollen mit einer öffentlichen, mehrsprachigen Kampagne dazu  
136 ermutigt werden, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen. In den  
137 Staatsanwaltschaften wollen wir Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche  
138 Lebensweisen etablieren, an die sich Betroffene queerfeindlicher  
139 Hasskriminalität wenden können, um Strafanzeigen zu stellen. Um Erkenntnisse  
140 über das Ausmaß geschlechtsbezogener Gewalt in Thüringen zu erlangen, wollen wir  
141 eine Dunkelfeldstudie in Auftrag geben. Eine Form der Gewalt, die besonders

142 Frauen, nicht binäre, inter\* und trans\* Personen ist Gewalt im digitalen Raum.  
143 Um dies besser bekämpfen zu können, braucht es eine Stärkung der fachlichen und  
144 personellen Kompetenzen der Polizei in dem Bereich.

145 Selbstbestimmt über den eigenen Körper zu entscheiden, ist gerade für junge  
146 Menschen nicht immer leicht. Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht über  
147 den eigenen Körper für alle ein, insbesondere für Frauen, inter- und trans-  
148 Personen. Betroffene Personen von ungewollter Schwangerschaft brauchen  
149 wohnortnahe Unterstützung und Hilfe. Wir wollen das Recht einer selbstbestimmten  
150 Familienplanung stärken und Menschen mit geringem Einkommen unkomplizierten und  
151 kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln ermöglichen. Frauen mit Behinderungen  
152 haben das Recht, ihre Bedürfnisse und Wünsche in der Gesellschaft aktiv zu  
153 vertreten. Es ist unsere gesellschaftliche sowie staatliche Pflicht zu handeln,  
154 wenn Frauen mit Behinderungen sexuell oder anderweitig belästigt bzw.  
155 missbraucht werden, sie vor sexuellem Missbrauch zu schützen und dies  
156 strafrechtlich zu verfolgen. Schönheitsideale und Körnernormen, wie sie in der  
157 Werbung vermittelt werden, haben oft wenig mit der Realität zu tun, aber  
158 erhebliche Auswirkung auf unsere Selbstwahrnehmung. Kinder und Jugendliche  
159 sollen möglichst frei von solchen normierenden Vorgaben leben und aufwachsen  
160 können. Wir wollen daher den Respekt vor körperlicher Vielfalt fördern. Um  
161 körnernormierende, diskriminierende und stereotypenverstärkende sexistische  
162 Werbung in Thüringen zu verhindern, sollen verbindliche Regeln entsprechend den  
163 Regeln des Deutschen Werberates für kommerzielle Kommunikation getroffen werden.  
164 Über sexistische und herabwürdigende Darstellungen von Frauen wird auch das  
165 gesellschaftliche Bild von Frauen und Mädchen beeinflusst. Zum respektvollen und  
166 gewaltfreien Miteinander gehört daher auch der Verzicht auf sexistische oder in  
167 anderer Form diskriminierende und herabwürdigende Werbung. Wir wollen daher  
168 zudem Kommunen dabei unterstützen, solche Werbungen im Stadtbild nicht mehr  
169 zuzulassen.

170 Das Bewusstsein für die Vielfalt von Geschlechtern und sexuellen Orientierungen  
171 beginnt sehr früh. Geschlechtergerechtes Lernen in Kindergärten und Schulen muss  
172 selbstverständlich werden. Schulische Lernmaterialien wollen wir auf (hetero-  
173 )sexistische Klischees überprüfen und überarbeiten. Dabei soll darauf geachtet  
174 werden, dass die Lehrmaterialien Vielfalt widerspiegeln und auch Frauen, inter-  
175 und trans-Personen dargestellt werden sowie weibliche Personen zu einem  
176 relevanten Teil repräsentiert sind. Die Lehrpläne müssen an aktuelle  
177 Entwicklungen angepasst werden. Schulische Aufklärungsprojekte zu sexueller und  
178 geschlechtlicher Vielfalt gilt es flächendeckend zu etablieren. Zudem setzen wir  
179 auf eine geschlechtersensible Pädagogik und qualifizierte Aus-, Fort- und  
180 Weiterbildung für alle Lehrkräfte.

181 Sexuelle Ausbeutung werden wir auch weiterhin konsequent bekämpfen. Um die  
182 Situation von in der Prostitution tätigen Personen zu verbessern, haben wir  
183 Mittel für freiwillige, kostenlose und mehrsprachige Beratungsangebote zu Themen  
184 wie Gesundheit, Schulden und Ausstieg aus dem Gewerbe bereitgestellt. Den Umgang  
185 mit den eingestellten Geldern werden wir beim zuständigen Gesundheitsministerium  
186 kritisch begleiten. Wir wollen einen „Runden Tisch Prostitution“ zur Erarbeitung  
187 eines Handlungskonzeptes einrichten, auf dessen Grundlage ein  
188 Prostituiertenschutzgesetz umgesetzt werden soll.

189 Für mehr Chancengerechtigkeit wollen wir eine bedarfsgerechte Finanzierung des  
190 Landesfrauenrates und der in diesem Bereich tätigen Landesarbeitsgemeinschaften.

191 Akzeptanz und Vielfalt

192 Unser Land ist so vielfältig wie die Menschen, die hier leben. Egal welche  
193 geschlechtliche Identität, egal welche sexuelle Orientierung – alle Menschen  
194 sollen frei und selbstbestimmt leben und lieben können. Unser Leitbild ist das  
195 Grundgesetz: Menschenwürde und Achtung der persönlichen Freiheit aller Menschen  
196 sind unser Maßstab. Insbesondere die Schaffung und Durchsetzung dieser Rechte  
197 für LSBTIQ\* (Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten, Intergeschlechtlichen  
198 und allen queeren Menschen) ist uns hierbei wichtig.

199 Mit der Verabschiedung des „Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt“ sind wir  
200 in Thüringen einen großen Schritt gegangen, um Akzeptanz, Vielfalt und  
201 Gleichberechtigung Wirklichkeit werden zu lassen und bestehende  
202 Diskriminierungen abzubauen. Die Initiativen, Verbände und Projekte der queeren  
203 Community werden mit dem Programm besser gefördert und in ihrer Arbeit durch  
204 eine Koordinierungsstelle unterstützt. Wir wollen das Programm in den kommenden  
205 Jahren finanziell deutlich besser ausstatten und im Zuge dessen auch  
206 institutionelle Förderung ermöglichen. Das heißt, dass wir mit dem  
207 Landesprogramm queere Beratungs- und Begegnungsstellen in ganz Thüringen fördern  
208 und aufbauen wollen. Zusätzlich sollen Ansprechpartner\*innen in der  
209 Landesverwaltung, v.a. den Ministerien geschaffen werden, die für die Umsetzung  
210 des Landesprogrammes sowie queere Themen zuständig sind. Nicht zuletzt muss aber  
211 auch die bisherige Umsetzung der Maßnahmen des Landesprogramms überprüft und das  
212 Programm in Zukunft mit einer wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation  
213 ausgestattet werden. Neu ins Programm aufgenommen werden soll die Unterstützung  
214 der Thüringer Christopher Street Days und ähnlicher Initiativen. Diese leisten  
215 in ehrenamtlicher Arbeit einen wertvollen Beitrag für die Sichtbarkeit und  
216 Akzeptanz queerer Menschen in Thüringen. Die Förderung der bestehenden  
217 Initiativen sowie von Neugründungen muss deswegen Inhalt des Landesprogramms  
218 werden.

219 Das Thüringer Gleichstellungsgesetz soll dahingehend überarbeitet werden, dass  
220 die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten nicht mehr nur Frauen und Männer,  
221 sondern auch LSBTIQ\*-Personen umfassen. Im Anschluss sollen vielfaltssensible  
222 Fort- und Weiterbildung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sowie der  
223 öffentlichen Verwaltung stattfinden. Diese Aufgabe soll im Landesprogramm für  
224 Akzeptanz und Vielfalt verankert werden.

225 Zu einem Thüringen, in dem niemand mehr Diskriminierung erfahren muss, ist es  
226 trotzdem noch ein Weg! Wir wollen deshalb, dass bestehende Projekte im Bereich  
227 der Antidiskriminierungsarbeit gestärkt werden und die  
228 Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) ausgebaut und weiterentwickelt wird: Als  
229 Anlaufstelle für alle Menschen in Thüringen kann diese wichtige Arbeit für ein  
230 offenes und diskriminierungsfreies Thüringen leisten. Damit soll die Stelle ihre  
231 Aufgaben als Prüf- und Beschwerdestelle und als Koordinierungsstelle für  
232 Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen besser erfüllen können.

233 Darüber hinaus halten wir eine Aufgaben-Erweiterung der LADS für notwendig: Es  
234 ist wichtig, eine Datengrundlage zu Diskriminierungsfällen in Thüringen zu  
235 bekommen. Hier sollte die LADS nicht nur Vorfälle erfassen und auswerten,  
236 sondern auch Studien umsetzen, die Diskriminierung speziell in Thüringen  
237 untersuchen. Auch möchten wir, dass diskriminierende – zum Beispiel (hetero-  
238 )sexistische - Werbung an dieser Stelle zentral gemeldet werden kann, um das

239 Ausmaß dieses Problems erfassen und darauf reagieren zu können. Wir setzen uns  
240 dafür ein, dass die LADS Mittel für öffentlichkeitswirksame Kampagnen, zum  
241 Beispiel gegen (Hetero-)Sexismus, Rassismus oder für LSBTIQ\*-Rechte, erhält, um  
242 viele Thüringer\*innen mit diesen Themen erreichen zu können. Ebenso wichtig sind  
243 uns auf Projekte und öffentlichkeitswirksame Kampagnen, die für die Sichtbarkeit  
244 der queeren Community und zur Aufklärung dienen. Es ist uns wichtig, nachhaltig  
245 Vorurteile abzubauen, Akzeptanz zu schaffen und queere Menschen zu empoweren.

246 Damit die Landesantidiskriminierungsstelle all diese wichtigen Aufgaben auch  
247 wirklich erfüllen kann, werden wir uns für eine wesentlich umfangreichere  
248 Ausstattung der Stelle einsetzen.

249 Daneben finden wir es aber unerlässlich, eine zivilgesellschaftliche  
250 Antidiskriminierungsberatung aufzubauen und zu etablieren. Nur eine solche  
251 Stelle kann ein niedrigschwelliges Angebot für Menschen in Thüringen darstellen,  
252 die Opfer gruppenbezogener Diskriminierung wurden. Ziel soll es sein, ein  
253 qualifiziertes Unterstützungsangebot für Betroffene zu bieten, Diskriminierung  
254 in Institutionen und Strukturen abzubauen und als Fachstelle die Regelstrukturen  
255 zu sensibilisieren sowie einen zentralen Knoten in Vereinsnetzwerken  
256 darzustellen.

257 Das Bewusstsein für Vielfalt, aber auch Ausgrenzung und Diskriminierung beginnt  
258 früh: „Schwule Sau“ ist auf unseren Schulhöfen leider noch immer eine häufige  
259 Beschimpfung. Die Vielfalt von familiären Lebensentwürfen, von sexuellen  
260 Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten soll stärker in der Schule  
261 thematisiert werden. Wir unterstützen deshalb die Arbeit von  
262 Schulaufklärungsprojekten, insbesondere auch finanziell entsprechend dem  
263 Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt. Der Besuch solcher  
264 Aufklärungsprojekte an Schulen sollten Teil der Schulkultur werden und in die  
265 Lehrpläne aufgenommen werden.

266 Die Erziehung und Vermittlung von Akzeptanz beginnt in Familie, Kita und Schule.  
267 Aus diesem Grund sollen die Eltern, Lehrer\*innen, Erzieher\*innen und  
268 Pädagog\*innen für einen angemessenen und diskriminierungsfreien Umgang mit  
269 unseren Kindern sensibilisiert werden. Dafür sollen LSBTIQ\*-Themen in die  
270 Ausbildung von Lehrer\*innen, Pädagog\*innen und Erzieher\*innen aufgenommen und in  
271 regelmäßigen Fortbildungen für diese angeboten werden. Vielfältige (queere)  
272 Lebensentwürfe und -konzepte sollen in Unterrichtsmaterialien und -fächern  
273 aufgezeigt und von Lehrer\*innen thematisiert und eingebunden werden. Unsere  
274 Thüringer Vertretung auf der Kultusminister\*innenkonferenz soll eine Initiative  
275 anstoßen, um bundeseinheitliche Standards und Richtlinien für Schulbuchvorlagen  
276 zu erarbeiten.

277 Gerade unter Jugendlichen, die sich ihrer geschlechtlichen Identität oder  
278 sexuellen Orientierung nicht sicher sind, gibt es ein erschreckend hohes Risiko  
279 selbstverletzenden Verhaltens, psychischer Erkrankungen und leider auch eine  
280 überdurchschnittliche Suizidrate. Dabei ist Hilfe oft nicht weit. Wir wollen  
281 auch deshalb die queere Jugend- und Schulsozialarbeit stärken sowie die  
282 Krisenprävention ausbauen. Insbesondere queere (Jugend-)Zentren spielen hier  
283 eine wichtige Rolle und müssen deswegen in Thüringen aufgebaut und etabliert  
284 werden. Auch ein mobiles Zentrum soll konzipiert werden. Queere Angebote sollen  
285 in den Jugendförderplänen verankert werden, um Jugendliche auch in den  
286 ländlichen Gebieten zu erreichen.

287 Zudem setzen wir uns für die Einrichtung geschlechtsneutraler Sanitärbereiche  
288 ein. Das Land hat eine verpflichtende Mindestanzahl bei öffentlichen Gebäuden,  
289 insbesondere Hochschulen, festzulegen, bei Neubauten haben diese im  
290 dreigliedrigen Modell zu erfolgen. Dies bedeutet, dass es stets eine Frauen-,  
291 eine Männer- und eine genderneutrale Toilette geben muss, wobei letztere bei  
292 Möglichkeit nicht in den barrierefreien Sanitärräumen untergebracht sein soll, um  
293 Menschen mit Behinderungen einen weiterhin uneingeschränkten Zugang zu  
294 gewährleisten. Zudem hilft das Land bei der Finanzierung mit.

295 Menschen mit normabweichender sexueller Orientierung und/oder geschlechtlicher  
296 Identität berichten immer wieder von Diskriminierung oder werden Betroffene von  
297 Hass und Gewalt. Die Dunkelziffer ist dabei hoch, da viele Betroffene aus Scham  
298 und Angst vor weiterer Diskriminierung keine Anzeige erstatten und Verbrechen  
299 gegen LSBTIQ\*-Personen nicht gesondert in den Statistiken aufgeführt werden. Wir  
300 wollen deshalb Polizei und Justiz stärker für diese Themen sensibilisieren und  
301 unterstützen Ansprechpartner\*innen für queere Lebensweisen bei der Thüringer  
302 Polizei. Außerdem soll geprüft werden, sicherzustellen, dass Polizist\*innen, die  
303 zu queeren Themen geschult wurden, in den Dienststellen ansprechbar sind.  
304 Dadurch möchten wir gewährleisten, dass queere Menschen, die Opfer eines  
305 Hassverbrechens oder sexueller Belästigung wurden, eine ausgebildete  
306 Ansprechperson vorfinden können. Zudem befürworten wir die gesonderte Ausweisung  
307 von Hassverbrechen als Ausdruck von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in  
308 den Kriminalitätsstatistiken.

309 Wir unterstützen die Forderungen der Holbein-Stiftung. Als Bündnisgrüne setzen  
310 wir uns ein für die Wiederherstellung des Grabmals von Dr. Hans Holbein, die  
311 Restitution des Stiftungsvermögens sowie die Neugründung der Holbein-Stiftung  
312 zum Beispiel als Landesstiftung und die Einrichtung eines Forschungszentrums zu  
313 Geschichte und Gegenwart von sexuellen Identitäten und Orientierungen.

314 Die Forderungen für Akzeptanz und Vielfalt orientieren sich an einigen Stellen  
315 an den Forderungen des CSD Thüringen 2020. Dies soll auch in Zukunft unser  
316 Maßstab sein: Wir möchten den Thüringer Christopher Street Days und ähnlichen  
317 Organisationen Gehör verschaffen und jährlich prüfen, welche deren Forderungen  
318 wir aufnehmen, um sie beispielsweise in Haushaltsverhandlungen einfließen zu  
319 lassen. Zudem möchten wir uns auch im Bundesrat für die Belange queerer Menschen  
320 und den Forderungen der queeren Organisationen in Thüringen einsetzen, um auch  
321 Grundsätzliche Themen wie Blutspende, vielfältige Familienmodelle,  
322 Selbstbestimmung und vieles mehr in Angriff zu nehmen.